

ÄÄ Kapitel 1.1 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 08.12.2022

Änderungsantrag zu K-2

Von Zeile 25 bis 27 einfügen:

Berlin muss und wird seinen Beitrag leisten, die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Dafür ist es notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Der völkerrechtswidrige und menschenverachtende russische Angriffskrieg in der Ukraine hat uns unsere fatale Abhängigkeit von fossilen Energien verdeutlicht. Nur durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und Transformationsprozesse in allen Sektoren beenden wir die Erpressbarkeit und erreichen Unabhängigkeit auch von autoritären Regimen. Klimaschutz und eine stabile, bezahlbare Energieversorgung gehen heute mehr denn je zusammen. Wer heute schon seinen eigenen erneuerbaren Strom produziert oder in einer energetisch gedämmten Wohnung lebt, spart jetzt schon viel Geld und CO₂. Deswegen werden wir neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien auch bei der Energieeinsparung die vielen ungenutzten Potentiale heben. Deshalb wollen wir Berlin so schnell wie möglich klimaneutral machen. Wir Grüne haben in den letzten Jahren in

Von Zeile 149 bis 322:

1.1 Klimaneutrales Berlin: mit den Erneuerbaren in eine sichere Energieversorgung

Wir meinen es schon immer ernst mit Klimaschutz. Bereits vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, haben wir den Weg frei gemacht für ein klimaneutrales Berlin. Wir ~~machen~~ haben die Klimanotlage ausgerufen, die Hälfte der Berliner Kohlekraftwerke abgeschaltet und mit der Solarwende die erneuerbaren Energien ausgebaut. Nun müssen wir diesen Weg der Energiewende konsequent fortsetzen. Wir streiten weiterhin dafür, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen und die Pariser Klimaziele zu erreichen. Klimaschutz muss deshalb Verfassungsrang in unserer Stadt bekommen. In der kommenden Wahlperiode werden wir uns in Verhandlungen dafür einsetzen, mindestens ein weiteres Kohlekraftwerk abzuschalten und dadurch jährlich fast eine halbe Million Tonnen CO₂ einzusparen, bis 2029 sollen alle Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Die energetische Gebäudesanierung wollen wir deutlich ausbauen sowie sozial gerecht gestalten. Gleichzeitig wollen wir die Anforderungen des Artenschutzes beachten. Klimaschutz und Klimafolgenbewältigung sollen Hand in Hand gehen. Unsere Anstrengungen zum Energiesparen setzen wir fort und koppeln alle Förderprogramme und Zuschüsse an konkrete Einsparziele. Die Berliner Stadtwerke werden weiterwachsen und der zentrale Dienstleister für Energie- und Quartiersprojekte des Landes und der Bezirke werden. Wir werden prüfen, inwieweit eine Energiewende-Agentur in öffentlicher Trägerschaft ein Partner für die Verwaltung sowie für Unternehmen sein kann und bei der Umsetzung von Aktivitäten zur Energiewende unterstützen kann. Dabei nutzen wir auch die große Klima- und Energiewendekompetenz, die in Berlin vorhanden ist. Und wir setzen uns dafür ein, dass Klimagerechtigkeit in ganz Berlin gilt und alle Bezirke sowie Menschen von den Maßnahmen profitieren.

Solar auf allen Dächern – die Energiewende in Berlin umsetzen

Damit Berlin seine CO₂-Emissionen radikal reduzieren kann, brauchen wir die Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbarer Energie. Das größte Potential liegt dabei im Ausbau der Solarenergie auf Dächern und an Fassaden Berlins. Die Stadt kann dadurch ihren Anteil von derzeit 1 Prozent Solarstrom auf mindestens 35 Prozent der gesamten hier verbrauchten Strommenge bis 2035 erhöhen. Durch die Einführung der gesetzlichen Solarpflicht bei Neubauten, öffentlichen Gebäuden und bei wesentlichen

Dachumbauten im Bestand ab 2023 haben wir einen ersten Meilenstein auf dem zu diesem Ziel erreicht. Die Stadtwerke Berlin werden für alle geeigneten bezirklichen Bestandsgebäude Solarpakete sowie Photovoltaik-Lösungen für neue Quartiere und Neubauprojekte anbieten und umsetzen. Wir werden die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen, um bis Ende 2024 alle öffentlichen Gebäude, auf denen das nach aktuellem technischem Stand möglich und sinnvoll ist, vollständig mit Solaranlagen auszustatten. Die für Photovoltaik geeigneten Dachflächen werden dabei konsequent ausgenutzt. Mit der Gründung des „SolarZentrums Berlin“ haben wir bereits die Beratung und den Austausch zur Solarwende massiv gefördert. Die digitale Plattform Solardachbörse wollen wir weiter stärken, so dass nicht genutzte Dächer für den Aufbau von Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden können. Das erfolgreiche Energiespeicherprogramm haben wir fortgeführt und ausgebaut. Darüber hinaus wollen wir die integrierte Planung von Strom- und Wärme-Netzen weiter ausbauen und so mit den dazugehörigen geeigneten Speichern eine effiziente Integration der lokal gewonnenen Energie vorantreiben.

Auch Privathaushalte und Unternehmen wollen wir motivieren, erneuerbare Energien selbst zu produzieren und zu verbrauchen. Die Grundlage dafür ist der „Masterplan Solar City“, den wir in den letzten Jahren erarbeitet haben. Darüber hinaus werden wir die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg intensivieren und gemeinsame Bürgerenergieprojekte zu Solar- und Windkraftparks initiieren, um die gemeinsame 100%-Erneuerbare-Energie-Region zu verwirklichen. Dabei sind solare Freilandanlagen mit landwirtschaftlicher Nutzung oder einer naturfreundlichen Wiesengestaltung auf der Fläche zu verbinden. Wir prüfen, ob wir auf den Flächen der Stadtgüter verstärkt Solar- und Windparks einrichten können. Auch Kleinstanlagen für den privaten Gebrauch wie z.B. Balkonmodule sollen stärker direkt oder indirekt gefördert werden. Die Mieterstrom-Projekte sollen deutlich ausgebaut werden. Für die Umsetzung müssen wir alle Akteur*innen einbeziehen und fördern, insbesondere die Berliner Stadtwerke, aber auch Energiegenossenschaften und engagierte Bürger*innen. Dafür werden wir auch die Speicherkapazitäten ausbauen.

Wärmesektor umbauen – Gebäude modernisieren

Die Hälfte aller klimaschädlichen Emissionen Berlins fallen im Gebäude- und Wärmesektor an. Auch hier wollen wir den Treibhausgasausstoß der Hauptstadt massiv reduzieren. Zentral dafür ist eine gesamtstädtische Wärmeplanung, basierend auf einem Wärmekataster, das die Potentiale der Wärme aus erneuerbarer Energie ebenso erfasst wie die bestehenden Wärmebedarfe. Hier sind wir bereits erste Schritte gegangen und werden diesen Weg freiweitergehen, denn gerade durch eine Wärmeplanung können die verschiedenen Akteur*innen und Aktivitäten der Wärmewende koordiniert werden. Häuser, die energetisch modernisiert werden, sollen – wo möglich – auch bei der Wärmeversorgung klimaneutral werden. Dazu soll die Wärmeplanung in der Bauleitplanung berücksichtigt werden. Unser Ziel ist eine integrierte, sektorübergreifende Infrastrukturplanung, die aus Strom- und Wärmenetzen sowie den dazugehörigen Speichern, um u.a. den Ausbau von Wärmepumpen voranzubringen.

Für die Wärmewende setzen wir auf einen Mix verschiedener erneuerbare Heizungsarten: z.B. Wärmepumpen, Solarthermie, Nahwärmenetze, Abwärme und Fernwärme - jede Technik am richtigen Ort. Dazu brauchen wir eine Offensive für Wärmepumpen, zusammen mit dem Stopp von Neuanschaffungen fossiler Heizungen, sowie den möglichst schnellen Aufbau neuer regenerativer Nahwärmenetze und einen wirksamen Anschlag der Dekarbonisierung der Fernwärme. Zudem wollen wir die Anstrengungen zur Energieeinsparung verstärken sowie die Fort- und Ausbildung sowie Umschulung von Fach- und Arbeitskräften voranbringen und eine soziale Abfederung der Transformation im Arbeitsmarkt. Gleichzeitig braucht die Energiewende dringend Fachkräfte in den klimarelevanten Berufen. Um dieses Problem anzugehen, haben wir Grüne einen Runden Tisch zwischen Senat, Sozialpartnern, Arbeitsagentur und Kammern durchgesetzt. Wir wollen diese Berufe attraktiver machen. Dafür braucht es eine gute und qualitativ hochwertige Ausbildung. Viele Betriebe

haben sich bereits auf den Weg gemacht. Um die Kosten für die Ausbildung zukünftig gemeinsam solidarisch zu finanzieren, wollen wir eine Ausbildungumlage einführen. Am besten sind von den Tarifparteien der jeweiligen Branche selbstverwaltete Umlagemodelle, wie in der Bauwirtschaft. Dort, wo sich Tarifparteien nicht einigen können, brauchen wir eine gesetzliche Umlage.

In der Fernwärmeerzeugung haben wir den Kohleausstieg bis 2030 erfolgreich vorangetrieben. Ab 2030 muss Berlin kohlefrei sein. Wir halten zudem am Ziel fest, die Fernwärme bis 2035 komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. Auch im Bereich der Wärme muss der Einsatz von Erdgas schnellstmöglich überwunden werden. Deshalb werden wir die Potentiale für die Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes immer wieder auf den aktuellen und neuesten Stand bringen, um so den 1,5-Grad-Pfad zu erreichen. Damit aus Potentialen auch konkrete CO₂-Einsparungen werden, haben wir mit der Novelle des Berliner Energiewendegesetzes schon die Einspeisung von erneuerbaren Energien durch Dritte ermöglicht und Vorgaben für den Anteil Erneuerbarer in der Fernwärme festgeschrieben. Die Erneuerbare-Energien-Quote soll dazu beitragen die erneuerbaren Wärme-Potentiale immer wieder neu zu prüfen und maximal zu nutzen, um die fossile Wärme vollständig über Einsparungen und durch Wärme aus erneuerbarer Energie zu ersetzen.

Unser Ziel ist, den Einsatz von Erdgas so schnell und konsequent wie möglich zu minimieren und diese vollständig auf Erneuerbare Wärme umzustellen. Wir werden nicht zulassen, dass Vattenfall die Dekarbonisierung verzögert und mit fossilen Energien unnötig Geld verdient. Wir kämpfen für den schnellstmöglichen Erdgasausstieg. Außerdem sollen die Temperaturen im Netz schrittweise abgesenkt werden. So heben wir die in Berlin vorhandenen Erneuerbaren Wärmepotentiale und machen einen Gaseinsatz schnellstmöglich überflüssig. In der Bauleitplanung verankern wir Flächen für die saisonale Wärmespeicherung. Gemeinsam mit Brandenburg gründen wir eine Taskforce Energiewende, um die gemeinsame Planung in der Metropolregion voranzubringen. Dabei ist für uns auch die Müllverbrennung nicht als klimaneutral anzusehen.

Neben der Fernwärme sollen auch alle anderen Formen der Wärmeerzeugung bis 2035 klimaneutral werden. Dazu richten wir einen Wärmewendefonds mit 1 Mrd. Euro ein.

Erneuerbare Wärme wird vor Ort erzeugt. Das garantiert eine regionale Wertschöpfung, stabile Preise sowie Versorgungssicherheit. Wir starten die Wärmepumpenoffensive: Mit einer Informationsoffensive mit der Handwerkskammer und den Innungen, einem Landesförderprogramm Heizkörpertausch, einem Bonusprogramm für Handwerker*innen bei Wärmepumpeneinbau.

Die Nutzung von Geothermie wollen wir erleichtern sowie die Nahwärme etwa aus der Abwasserkanalisation und dem Grundwasser besser nutzen, z.B. durch kalte Netze. Wir setzen auf eine integrierte Infrastrukturplanung aus Strom- und Wärmenetzen. Den Einsatz von grünem Wasserstoff sehen wir vorrangig in Bereichen, in denen es bisher keine anderen technischen Lösungen gibt. In der Wärmeversorgung erachten wir Wasserstoff in der Grundlast für nicht zielführend.

Außerdem setzen wir auf lokale Wärmeerzeugung in Berlins Kiezen: Jenseits der Fernwärme sollen neue dezentrale Nahwärmenetze auf Quartiersebene gefördert, örtlich erzeugte Wärme aus verschiedenen erneuerbaren Quellen in diese eingespeist und lokal verteilt werden. Mit der Service- und Beratungsstelle für energetische Quartiersentwicklung haben wir hierfür bereits eine wichtige Anlaufstelle geschaffen. Pilotprojekte mit kalter Nahwärme sollen an geeigneten Standorten umgesetzt werden. Grüne Nahwärme muss als Konsequenz der Wärmeplanung strategisch entwickelt werden. Für die Umsetzung sollen neue Akteure wie z.B. das Stadtwerk oder Bürgerenergiegenossenschaften aufgebaut und finanziell gefördert werden. Wir wollen ein Kompetenzzentrum Wärme in öffentlicher Hand schaffen. Um Nahwärmeprojekte wirtschaftlich zu machen, müssen öffentliche Liegenschaften in der Nähe Ankerkunden werden. Außerdem werden wir auch die Kühlung der Stadt und der Gebäude

vorantreiben, sei es durch Techniken der Verdunstungskühlung, Dach- und Fassadenbegrünung oder Techniken der natürlichen Lüftung.

Um die Klimaziele Berlins zu erreichen, müssen wir noch deutlich stärker die energetische Modernisierung von Gebäuden voranbringen und die Sanierungsquote erheblich steigern, um so auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Mit einem Gebäudesanierungsfonds von 1 Mrd. Euro machen wir Berlins Gebäude fit für die Klimaneutralität. Kostenlose Initiativberatungen für private Eigentümer*innen, sowie Energie-Einspar-Contracting für sozial sensible Modernisierung können zur Energieeinsparung beitragen. Dafür ist auch eine Ausbildungs- Fortbildungs- und Gründungsinitiative gegen Fachkräftemangel im Handwerk nötig. Die aktuelle Energiekrise zeigt deutlich: die Wärmewende ist ein soziales Projekt. Nirgendwo zeigt sich der Zusammenhang zwischen ökologischer Wende und sozialer Gerechtigkeit so eng wie hier.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Modernisierungskosten, wie derzeit im Bundesmietrecht vorgesehen, komplett auf Mieter*innen abgewälzt werden. Das schafft keine Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen und befördert soziale Verdrängung. Stattdessen setzen wir uns für eine faire Kostenverteilung im Sinne eines Drittelmodells zwischen den Mieter*innen, den Vermieter*innen und der öffentlichen Hand ein. Bis dies auf Bundesebene realisiert ist, schöpfen wir die Möglichkeiten auf Landesebene aus. Dazu gehört neben der Deckelung der Umlage für Mieter*innen, und der Bereitstellung von Landesfördermitteln auch die Einführung des Stufenmodells, das Immobilienbesitzende in die Pflicht nimmt. Für Mieter*innen soll die Warmmiete durch sinkende Energiekosten neutral bleiben. Die höhere Kaltmiete sollte sich durch niedrigere Energiekosten wieder ausgleichen. Dazu bedarf es jedoch einer Änderung der energetischen Modernisierungsumlage auf Bundesebene und einer stärkeren Förderung energetischer Modernisierungsmaßnahmen hier in Berlin. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, zu prüfen, wie wir die Grunderwerbssteuer an der Energieeffizienz des Gebäudes orientieren können. Neben der energetischen Modernisierung werden wir weitere Maßnahmen ergreifen, um den Wärmeverbrauch zu reduzieren. Mit dem Bauinformationszentrum wollen wir einen niedrigschwelligen Anlaufpunkt für Mieter*innen und Immobilienbesitzende schaffen, die sich hier informieren und vernetzen können. Die Beratung soll dabei alle gesellschaftlichen Gruppen ansprechen und Angebote – beispielsweise auch für Frauen oder Menschen mit Sprachbarrieren – entwickeln. Zusätzlich wollen wir Wohngemeinschaftsprojekte fördern, uns auf Bundesebene für ein Recht auf Wohnungstausch einsetzen und Menschen unterstützen, die ihre Wohnung tauschen wollen.

Energienetze transformieren - Versorgungssicherheit in öffentlicher Hand

Weil Grundversorgung in öffentlicher Hand die beste Versorgung für alle garantiert, wollen wir kritische Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Der vollständige Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt und die genossenschaftliche Beteiligung der Bürger*innen zur aktiven Mitgestaltung über die BürgerEnergie Berlin. Den Einfluss des Landes Berlin wollen wir auf alle Energienetze ausweiten, um die Umsetzung der Wärmeplanung schnell zu ermöglichen. Wir streben die Rekommunalisierung der Fernwärme an, um aktiv den Umbau des Netzes hin zu erneuerbarer Wärme mit Temperaturabsenkung voranzutreiben. Dafür legen wir einen Dekarbonisierungs-Plan vor, den wir entschlossen umsetzen werden. Darüber hinaus werden wir prüfen, inwieweit eine Rekommunalisierung der GASAG mit unseren energie- und klimapolitischen Zielen vereinbar ist. Insbesondere die Bedeutung des Gasnetzes und seine mittel- bis langfristige Nutzbarkeit für den Transformationsprozess hin zur Klimaneutralität werden wir kritisch analysieren. Diese Analyse wird ein wichtiger Faktor unserer Entscheidung sein.

Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe machen – das Berliner Klima-Budget

Mit dem Einsetzen des Senatsausschusses Klimaschutz haben wir bereits begonnen die Senatsarbeit so umzugestalten, dass konkrete Ziele und Aufgaben handlungsleitend sind und nicht der alleinige Ressortzuschnitt. Der Senatsausschuss überwacht die Einhaltung der Berliner Klimaziele. Bei drohender Verfehlung der CO₂-Einsparungsvorgaben werden von ihm zusätzliche Klimaschutz-Maßnahmen veranlasst sowie ressortübergreifend Zielkonflikte gelöst. Es ist entscheidend, dass sich alle mit voller Kraft beispielsweise dem Ziel des Klimaschutzes verpflichtet fühlen und ihr Handeln an der Erfüllung dieses Zieles messen lassen. Für die Berliner Verwaltungen muss Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Das braucht es klare Strukturen, Verantwortlichkeiten und mehr zuständiges Personal auf Landes- und Bezirksebene. Darüber hinaus brauchen wir eine integrierte Infrastrukturplanung, die Strom, Wärme und Mobilität, aber auch Klimaanpassung und Wassermanagement gemeinsam denkt und vorantreibt. Wir legen deshalb mit dem neuen Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK), für jeden Bereich feste Vorgaben für die Treibhausgas-Einsparungen fest und unterlegen diese mit konkreten Maßnahmen, damit politische Entscheidungen stärker an die Klimaziele geknüpft werden. Werden die jeweiligen Ziele verfehlt, muss nachgesteuert und die vorgegebene CO₂-Reduktion durch andere Maßnahmen umgesetzt werden. Damit wird auch offengelegt, welche öffentlichen Ausgaben besonders klimaschädlich sind. Die entsprechenden Mittel müssen dann umgewidmet werden.

Darüber hinaus wollen wir alle neuen Gesetze und Maßnahmen unter einen Klimavorbehalt stellen. Das Klima-Budget ermöglicht einen zeitnahen und für alle transparenten Überblick über den aktuellen Stand der Berliner CO₂-Emissionen. Mithilfe dieser Daten ist stets transparent, ob der vereinbarte Einsparpfad eingehalten wird und welchen Anteil die verschiedenen Sektoren daran haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Klimakrise auch als Notsituation im Sinne der Gesetze zur Landesschuldenbremse eingestuft wird und somit Investitionen zur CO₂-Vermeidung vorgenommen werden können. Den Berliner Klimaschutzrat wollen wir stärken und prüfen, inwieweit ein wissenschaftliches Sekretariat dazu beitragen kann. Es soll ihm das Recht eingeräumt werden, rechtzeitig eine Überarbeitung von klimaschädlichen Entscheidungen einzufordern und zu überprüfen, ob Fachverwaltungen und Bezirke ihre Klimaschutz-Vorgaben einhalten. Der Klimabürger*innenrat hat uns verdeutlicht wie sehr die Klimapolitik von einer engen Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft profitiert. Es ist entscheidend, dass die erarbeiteten Forderungen des Klimabürger*innenrates auch ernst genommen werden und deren Umsetzung angegangen wird. Wir schreiben Bürger*innenbeteiligung auch in Zukunft groß und wollen mit ähnlichen Formaten die Berliner*innen beim Klimaschutz mit einbeziehen. Das Berliner Energie- und Klimaprogramm (BEK) werden wir weiterentwickeln und setzen dabei auch auf verbindliche Maßnahmen. Wir sorgen dafür, dass die zur Verfügung gestellten Mittel noch besser genutzt werden können.

Klimaschutz in den Bezirken

Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) der Bezirke wollen wir um Klimaschutzkriterien erweitern, damit Bezirke für klimafreundliches und ressourcenschonendes Handeln nicht mehr finanziell bestraft, sondern belohnt werden. In allen Bezirken sollen die Klimaschutzmanager*innen künftig das Klimabudget verwalten, in allen Ämtern etablieren sowie Hand in Hand mit den Beteiligungsreferaten arbeiten. Dabei muss sowohl technisches Know-how wie auch Fähigkeit und Befugnis zur Klima-Governance vorhanden sein. Damit die Bezirke stärker als bisher die Mittel aus den Förderungen im Rahmen des BEK in Anspruch nehmen, müssen sie über ausreichend personelle Ressourcen für die Antragstellung verfügen. Die Bezirksämter müssen als handlungsfähige Steuerungsebene für die Wärmeplanung und Umsetzung von Quartierslösungen ausgebaut werden, sowohl was die Ausstattung mit Personal als auch mit finanziellen Mitteln und Kompetenzen angeht. Darüber hinaus wollen wir die bezirklichen Bildungs-, Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Klimaschutz und nachhaltige Techniken des Wassermanagements, der Begrünung und der Grünpflege deutlich ausweiten. In Zusammenarbeit mit der IHK, der Handwerkskammer sowie den betroffenen Innungen wollen wir

Vorgehensweisen entwickeln, um Möglichkeiten, Angebote und Förderprogramme zur Ausbildung in allen für die Energiewende relevanten Berufen zu erarbeiten. Besonderes Augenmerk soll dabei auf Frauen und junge Geflüchtete gelegt werden.

Wir meinen es ernst mit dem Klimaschutz. Die Ausrufung der Klimanotlage, das Abschalten von zwei Berliner Kohlekraftwerken und der Einstieg in eine konsequente Verkehrswende waren erste wichtige Schritte. Doch es bleibt keine Zeit, sich auf diesen Erfolgen auszuruhen. Wir streiten weiterhin dafür, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen und die Pariser Klimaziele zu erreichen. Klimaschutz muss deshalb Verfassungsrang in unserer Stadt bekommen. In der kommenden Wahlperiode werden wir uns in Verhandlungen dafür einsetzen, mindestens ein weiteres Kohlekraftwerk abzuschalten und dadurch jährlich fast eine halbe Million Tonnen CO₂ einzusparen, bis 2030 sollen alle Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Die energetische Gebäudesanierung wollen wir deutlich ausbauen sowie sozial gerecht gestalten. Gleichzeitig wollen wir die Anforderungen des Artenschutzes beachten – denn Klimaschutz und Klimafolgenbewältigung sollen Hand in Hand gehen. Die Berliner Stadtwerke werden weiterwachsen und der zentrale Dienstleister für Energie- und Quartiersprojekte des Landes und der Bezirke werden. Wir werden prüfen, inwieweit eine Energiewende-Agentur in öffentlicher Trägerschaft ein Partner für die Verwaltung sowie für Unternehmen sein kann und bei der Umsetzung von Aktivitäten zur Energiewende unterstützen kann. Dabei nutzen wir auch die große Klima- und Energiewendekompetenz, die in Berlin vorhanden ist. Und wir setzen uns dafür ein, dass Klimagerechtigkeit in ganz Berlin gilt und alle Bezirke sowie Menschen von den Maßnahmen profitieren.

Solar auf allen Dächern – die Energiewende in Berlin umsetzen

Damit Berlin seine CO₂-Emissionen radikal reduzieren kann, brauchen wir die Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbarer Energie. Das größte Potential liegt dabei im Ausbau der Solarenergie auf Dächern und an Fassaden Berlins. Die Stadt kann dadurch ihren Anteil von derzeit 1 Prozent Solarstrom auf 25 Prozent der gesamten hier verbrauchten Energie bis 2035 erhöhen. Wir wollen gesetzlich festschreiben, dass der Einbau von Solaranlagen zur Strom- und Wärmegewinnung bei Neubauten und bei wesentlichen Dachumbauten verpflichtend wird. Die Stadtwerke Berlin werden für alle geeigneten bezirklichen Bestandsgebäude Solarpakete sowie Photovoltaik-Lösungen für neue Quartiere und Neubauprojekte anbieten und umsetzen. Wir werden die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen, um bis 2025 alle öffentlichen Gebäude, auf denen das nach aktuellem technischen Stand möglich und sinnvoll ist, vollständig mit Solaranlagen auszustatten. Die für Photovoltaik geeigneten Dachflächen werden dabei konsequent ausgenutzt. Mit der Gründung des „SolarZentrums Berlin“ haben wir bereits die Beratung und den Austausch zur Solarwende massiv gefördert. Die digitale Plattform Solardachbörse wollen wir weiter stärken, so dass nicht genutzte Dächer für den Aufbau von Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden können. Das erfolgreiche Energiespeicherprogramm wollen wir fortführen und weiter ausbauen. Darüber hinaus wollen wir die integrierte Planung von Strom- und Wärme-Netzen weiter ausbauen und so mit den dazugehörigen geeigneten Speichern eine effiziente Integration der lokal gewonnenen Energie vorantreiben.

Auch Privathaushalte und Unternehmen wollen wir motivieren, erneuerbare Energien selbst zu produzieren und zu verbrauchen. Die Grundlage dafür ist der „Masterplan Solar City“, den wir in den letzten Jahren erarbeitet haben. Darüber hinaus werden wir die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg intensivieren und gemeinsame Bürgerenergieprojekte zu Solar- und Windkraftparks initiieren, um die gemeinsame 100%-Erneuerbare-Energie-Region zu verwirklichen. Dabei sind solare Freilandanlagen mit landwirtschaftlicher Nutzung oder einer naturfreundlichen Wiesengestaltung auf der Fläche zu verbinden. Wir prüfen, ob wir auf den Flächen der Stadtgüter verstärkt Solar- und Windparks einrichten können. Auch Kleinanlagen für den privaten Gebrauch sollen stärker direkt oder indirekt gefördert werden. Die Mieterstrom-Projekte sollen deutlich ausgebaut werden. Für die Umsetzung müssen wir alle Akteur*innen einbeziehen und fördern, insbesondere die Berliner

Stadtwerke, aber auch Energiegenossenschaften und engagierte Bürger*innen. Dafür werden wir auch die Speicherkapazitäten ausbauen.

Wärmesektor umbauen – Gebäude modernisieren

Die Hälfte aller klimaschädlichen Emissionen Berlins fallen im Gebäude- und Wärmesektor an. Auch hier wollen wir den Treibhausgasausstoß der Hauptstadt massiv reduzieren. Zentral dafür ist eine gesamtstädtische Wärmeplanung, basierend auf einem Wärmekataster, das die Potentiale der Wärme aus erneuerbarer Energie ebenso erfasst wie die bestehenden Wärmebedarfe. Hier sind wir bereits erste Schritte gegangen und werden diesen Weg weitergehen, denn gerade durch eine Wärmeplanung können die verschiedenen Akteur*innen und Aktivitäten der Wärmewende koordiniert werden. Häuser, die energetisch modernisiert werden, sollen – wo möglich – auch bei der Wärmeversorgung klimaneutral werden. Unser Ziel ist eine integrierte Infrastrukturplanung, die Strom und Wärme sektorübergreifend sinnvoll nutzt.

In der Fernwärmeerzeugung haben wir den Kohleausstieg bis 2030 erfolgreich vorangetrieben. Ab 2030 muss Berlin kohlefrei sein. Wir halten zudem am Ziel fest, die Fernwärme bis 2035 komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. So entschieden wir Grüne sagen, dass der Einsatz von Erdgas für die Stromversorgung keine Option sein darf, sagen wir auch, dass im Bereich der Wärme der Einsatz von Erdgas schnellstmöglich überwunden sein muss. Deshalb werden wir die Potentiale für die Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes immer wieder auf den aktuellen und neuesten Stand bringen, um so den 1,5-Grad-Pfad zu erreichen. Damit aus Potentialen auch konkrete CO₂-Einsparungen werden, haben wir mit der Novelle des Berliner Energiewendegesetzes schon die Einspeisung von erneuerbaren Energien durch Dritte ermöglicht. Diesen Weg wollen wir weitergehen und die Fernwärme durch CO₂-Grenzwerte und eine Erneuerbare-Energien-Quote regulieren und dazu die erneuerbaren Wärme-Potentiale immer wieder neu prüfen und maximal nutzen, um die Kohlewärme vollständig über Einsparungen und durch Wärme aus erneuerbarer Energie zu ersetzen.

Unser Ziel ist, den Einsatz von Erdgas so schnell und konsequent wie möglich zu minimieren. Wir werden nicht zulassen, dass Vattenfall die Dekarbonisierung verzögert und mit fossilen Energien unnötig Geld verdient. Wir kämpfen für den schnellstmöglichen Erdgasausstieg. Außerdem sollen die Temperaturen im Netz schrittweise abgesenkt werden. So heben wir die in Berlin vorhandenen Erneuerbaren Wärmepotentiale und machen einen Gaseinsatz schnellstmöglich überflüssig. Dabei ist für uns auch die Müllverbrennung nicht als klimaneutral anzusehen. Wir setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, dass auch diese unter die CO₂-Bepreisung fällt.

Neben der Fernwärme sollen auch alle anderen Formen der Wärmeerzeugung bis 2035 klimaneutral werden. Dafür wollen wir den Austausch von Gas- und Ölkesseln durch klimaneutrale Heizungsanlagen, wie Solarthermie oder Wärmepumpen, noch stärker als bisher fördern und die Nutzung von Geothermie erleichtern sowie die Nahwärme etwa aus der Abwasserkanalisation besser nutzen. Den rechtlichen Rahmen hierfür soll das Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz bieten. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass auch dort keine neuen Erdgasheizungen mehr gefördert werden und keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut werden dürfen. Wir setzen auf eine integrierte Infrastrukturplanung aus Strom- und Wärmenetzen sowie den dazugehörigen Speichern und uns ist bewusst, dass nach aktuellem Wissensstand Wasserstoff und dessen Derivate rar und teuer sind.

Außerdem setzen wir auf lokale Wärmeerzeugung in Berlins Kiezen: Jenseits der Fernwärme sollen neue dezentrale Nahwärmenetze sowie der Anschluss an diese auf Quartiersebene gefördert werden, in die örtlich erzeugte Wärme aus verschiedenen erneuerbaren Quellen eingespeist und lokal verteilt wird. Mit der Service- und Beratungsstelle für energetische Quartiersentwicklung haben wir hierfür bereits eine wichtige Anlaufstelle geschaffen. Diese Netze sollen mit möglichst niedrigen Temperaturen betrieben werden und eine Perspektive auf weitere Temperaturabsenkungen bieten. Außerdem werden wir auch die Kühlung der Stadt und der Gebäude vorantreiben, sei es durch Techniken der Verdunstungskühlung, Dach- und Fassadenbegrünung oder Techniken der natürlichen Lüftung.

Um die Klimaziele Berlins zu erreichen, müssen wir noch deutlich stärker die energetische Modernisierung von Gebäuden voranbringen und die Sanierungsquote erheblich steigern, um so auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist auch eine Ausbildungs- und Qualifizierungsstrategie im Handwerk nötig. Auch hier gibt es große CO₂-Einsparpotentiale. Allerdings ist nicht hinnehmbar, dass Modernisierungskosten, wie derzeit im Bundesmietrecht vorgesehen, komplett auf Mieter*innen abgewälzt werden. Das schafft keine Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen und befördert soziale Verdrängung. Stattdessen setzen wir uns für eine faire Kostenverteilung im Sinne eines Drittelmodells zwischen den Mieter*innen, den Vermieter*innen und der öffentlichen Hand ein. Bis dies auf Bundesebene realisiert ist, schöpfen wir die Möglichkeiten auf Landesebene aus. Dazu gehört neben der Deckelung der Umlage für Mieter*innen, wie derzeit im Mietendeckel verwirklicht, und der Bereitstellung von Landesfördermitteln auch die Einführung des Stufenmodells, das Immobilienbesitzende in die Pflicht nimmt. Für Mieter*innen soll die Warmmiete durch sinkende Energiekosten neutral bleiben. Die höhere Kaltmiete sollte sich durch niedrigere Energiekosten wieder ausgleichen. Dazu bedarf es jedoch einer Änderung der energetischen Modernisierungsumlage auf Bundesebene und einer stärkeren Förderung energetischer Modernisierungsmaßnahmen hier in Berlin. Neben der energetischen Modernisierung werden wir weitere Maßnahmen ergreifen, um den Wärmeverbrauch zu reduzieren. Mit dem Bauinformationszentrum wollen wir einen niedrigschwelligen Anlaufpunkt für Mieter*innen und Immobilienbesitzende schaffen, die sich hier informieren und vernetzen können. Die Beratung soll dabei alle gesellschaftlichen Gruppen ansprechen und Angebote – beispielsweise auch für Frauen oder Menschen mit Sprachbarrieren – entwickeln. Zusätzlich wollen wir Wohngemeinschaftsprojekte fördern, uns auf Bundesebene für ein Recht auf Wohnungstausch einsetzen und Menschen unterstützen, die ihre Wohnung tauschen wollen.

Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe machen – das Berliner Klima-Budget

Wir werden die Senatsarbeit so umgestalten, dass konkrete Ziele und Aufgaben handlungsleitend sind und nicht der alleinige Ressortzuschnitt. Es ist entscheidend, dass sich alle mit voller Kraft beispielsweise dem Ziel des Klimaschutzes verpflichtet fühlen und ihr Handeln an der Erfüllung dieses Zieles messen lassen. Für die Berliner Verwaltungen muss Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Das braucht es klare Strukturen, Verantwortlichkeiten und mehr zuständiges Personal auf Landes- und Bezirksebene. Darüber hinaus brauchen wir eine integrierte Infrastrukturplanung, die Strom, Wärme und Mobilität, aber auch Klimaanpassung und Wassermanagement gemeinsam denkt und vorantreibt. Wir wollen, dass jeder Bereich feste Vorgaben für seine jährlichen Treibhausgas-Einsparungen erhält, und damit politische Entscheidungen stärker an die Klimaziele knüpfen. Werden die jeweiligen Ziele verfehlt, muss nachgesteuert und die vorgegebene CO₂-Reduktion durch andere Maßnahmen umgesetzt werden. Damit wird auch offengelegt, welche öffentlichen Ausgaben besonders klimaschädlich sind. Die entsprechenden Mittel müssen dann umgewidmet werden.

Darüber hinaus wollen wir alle neuen Gesetze und Maßnahmen unter einen Klimavorbehalt stellen. Das Klima-Budget ermöglicht einen zeitnahen und für alle transparenten Überblick über den aktuellen Stand der Berliner CO₂-Emissionen. Mithilfe dieser Daten ist stets transparent, ob der vereinbarte Einsparpfad eingehalten wird und welchen Anteil die verschiedenen Sektoren daran haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Klimakrise auch als Notsituation im Sinne der Gesetze zur Landesschuldenbremse eingestuft wird und somit Investitionen zur CO₂-Vermeidung vorgenommen werden können. Den Berliner Klimaschutzrat wollen wir stärken und prüfen, inwieweit ein wissenschaftliches Sekretariat dazu beitragen kann. Es soll ihm das Recht eingeräumt werden, rechtzeitig eine Überarbeitung von klimaschädlichen Entscheidungen einzufordern und zu überprüfen, ob Fachverwaltungen und Bezirke ihre Klimaschutz-Vorgaben einhalten. Darüber hinaus wollen wir die Zivilgesellschaft noch stärker in klimapolitische Entscheidungen des Landes einbeziehen und dafür schnellstmöglich einen Klimabürger*innen-Rat einberufen, der Berlins Diversität Rechnung trägt und paritätisch besetzt ist. Hier soll ausgehandelt werden, wie Berlin das Pariser Klimaschutzabkommen einhalten und auf den 1,5-Grad-Pfad gelangen soll. Das Berliner Energie- und Klimaprogramm (BEK)

werden wir weiterentwickeln und setzen dabei auch auf verbindliche Maßnahmen. Wir sorgen dafür, dass die zur Verfügung gestellten Mittel noch besser genutzt werden können.

Klimaschutz in den Bezirken

Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) der Bezirke wollen wir um Klimaschutzkriterien erweitern, damit Bezirke für klimafreundliches und ressourcenschonendes Handeln nicht mehr finanziell bestraft, sondern belohnt werden. In allen Bezirken sollen schnellstmöglich Klimaschutzmanager*innen zum Einsatz kommen, die das Klima-Budget im jeweiligen Bezirk kontrollieren und in allen Ämtern etablieren sowie Hand in Hand mit den Beteiligungsreferaten arbeiten. Dabei muss sowohl technisches Know-how wie auch Fähigkeit und Befugnis zur Klima-Governance vorhanden sein. Damit die Bezirke stärker als bisher die Mittel aus dem BEK in Anspruch nehmen, müssen sie über ausreichend personelle Ressourcen für die Antragstellung verfügen. Darüber hinaus wollen wir die bezirklichen Bildungs-, Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Klimaschutz und nachhaltige Techniken des Wassermanagements, der Begrünung und der Grünpflege deutlich ausweiten. In Zusammenarbeit mit der IHK, der Handwerkskammer sowie den betroffenen Innungen wollen wir Vorgehensweisen entwickeln, um Möglichkeiten, Angebote und Förderprogramme zur Ausbildung in allen für die Energiewende relevanten Berufen zu erarbeiten. Besonderes Augenmerk soll dabei auf Frauen und junge Geflüchtete gelegt werden.

Von Zeile 1404 bis 1407:

Berlin kann ~~25~~35 Prozent der hier verbrauchten Energie aus Solarenergie decken – wir wollen das bis 2035 schaffen. Auf Neubauten und bei wesentlichen Dachumbauten ~~machen~~haben wir eine Solaranlage zur Pflicht gemacht. Bis 202~~5~~4 sollen berlineigene Gebäude wie Schulen oder Ämter standardmäßig mit Solaranlagen ausgestattet und nachgerüstet werden. Mit der Solardachbörse